Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag M. Hottier, Industriehalle Riesbach-Zürich

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

Nº 9. Sonntag, 29. Februar. 1880.

Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Mehrere Berichte und Einsendungen, sowie eine Anzahl Artikel und das Feuilleton mussten Raummangels wegen auch diesmal wieder zurückgestellt werden. Wir haben indess die Einrichtung getroffen, dass von nun an und namentlich während der Dauer des Reichstags, welche unsern Raum bedeutend in Anspruch nimmt, ein grosser Theil des Blattes in kleiner Schrift gedruckt wird, womit wir zum Theil bereits in dieser Nummer begonnen haben. Auf diese Weise wird Raum für den vermehrten Materialandrang geschaffen und hoffen wir, unliebsame Stauungen desselben in Zukunft vermeiden zu können.

Flugschriften-Fonds.

Zum Zweck der massenhaften Herstellung und unentgeltlichen Verbreitung von aufklärenden und propagandistischen Flugschriften im deutschen Volke (siehe den ersten Leitartikel dieser Nummer) sind beim „Sozialdemokrat" folgende Beiträge eingelaufen:

Drauf! D. R., Hambg. 6,—; S., Leipzig 4,—; Kautski, Zürich 10,—; An., Dresden 3,—; drei Sozialisten, London 5,—; Wthr., Zürich 2,—; eine Freundin aus dem Osten —,80; T., Zürich —,80; Ph., Cöln 3,50; Trotz alledem, Berlin 10,—; U., Zürich —,40; W., Breslau 1,50; M.-Club Berlin 7,—; X. A. 10,—; zusammen Mk. 64,—

Genossen! Betheiligt Euch an diesem wichtigen Werk mit Eifer durch freiwillige Beiträge und Bestellung zur Verbreitung!

Wahlfonds
für die
Nachwahl im 17. sächs. und 2. Berliner Wahlkreis.

Beim „Sozialdemokrat" sind weiter folgende Gelder eingegangen:

G. Schiele, Bern 8,—; L. S., Altdorf für den 17. sächs. Wahlkreis 1,60; Brüsseler Genossen 15,40; Voriges 250,65; zusammen Mk. 275,65

An die deutschen Parteigenossen.

Freunde und Gesinnungsgenossen!

Die preußische Regierung hat beim Bundesrath die Verlängerung des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie bis zum Jahre 1886 beantragt. Der aus Vertretern der reaktionären Regierungen zusammengesetzte Bundesrath hat diesen Antrag selbstverständlich angenommen. Dem Reichstag aber fehlt es erfahrungsgemäß ebensosehr an Rechtsgefühl und Einsicht als an Selbstständigkeit, als daß er es über sich gewinnen könnte, die Vorlage des Bundesrathes abzulehnen. Die geforderte Verlängerung des infamen Ausnahmegesetzes wird also — bestenfalls mit einer kleinen Aenderung — binnen wenigen Wochen „Gesetz" sein; es wäre mehr als lächerlich, sich hierüber Illusionen hinzugeben.

Wir haben daher mit der Verlängerung des gegen unsere Partei gerichteten Ausnahmezustandes, oder richtiger bezeichnet, mit der Umwandlung der bisher blos ausnahmsweisen Maßregel in eine dauernde bleibende Regierungseinrichtung schon jetzt als mit einer vollendeten Thatsache zu rechnen. Worüber gleich bei der Fabrikation des berüchtigten „Gesetzes" gegen die Sozialdemokratie der Weiterblickende keinen Augenblick im Zweifel war, das ist heute jedem Vernünftigdenkenden offenbar geworden.

Die reaktionäre Regierung hat von allem Anfang an nicht an eine blos vorübergehende Maßregel gedacht, sondern ihr Bestreben war auf eine bleibende enorme Vermehrung ihrer Machtmittel zum Zweck der brutalen Unterdrückung jeder energischen und folgerichtigen Opposition und der Ausdehnung ihrer Willkürherrschaft gerichtet. Deshalb wird sie auch diese Machtmittel, nachdem sie dieselben durch den Sozialistenhaß, die Sozialistenfurcht und die Kurzsichtigkeit des „liberalen" Bürgerthums einmal in die Gewalt bekommen hat, freiwillig nie mehr — natürlich nach dem März 1886 so wenig als jetzt — aus den Händen geben. Im Gegentheil wird sie, je mehr sie wahrnimmt, daß alle angewandten Gewaltmaßregeln zur Niederhaltung der auf die Befreiung des Volkes aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtung gerichteten Bestrebungen nicht ausreichen und ihre wachsende Ausbreitung im Volk nicht zu hindern vermögen, mit Nothwendigkeit dazu getrieben, immer neue und schrankenlosere Befugnisse von dem widerstandsunfähigen Reichstag zu fordern und sich selbst zu schaffen. Und diese Lawine der Reaktion wird, kann nicht einhalten, bis sie nicht auf unübersteiglichen Widerstand stößt, der ihre Kraft bricht und sie vernichtet.

Welche Stellung haben nun wir, hat unsere Partei, die deutsche Sozialdemokratie, dieser Lage der Dinge gegenüber einzunehmen?

Als das Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878 in Geltung trat, entschied man sich aus triftigen Gründen dafür, erst den ersten, wüthendsten Ansturm der Reaktion vorübergehen zu lassen und sich einstweilen auf den passiven Widerstand, die möglichste Abschwächung der gegen unsere Parteiunternehmungen und Parteigenossen geführten Schläge, sowie die Erhaltung der vorhandenen Verbindungen zu beschränken. Und diese Taktik hat sich vollkommen bewährt. Das Volk hat sich überzeugt, daß wir nicht die Schreckensgestalten sind, als welche die Einpeitscher des Sozialistengesetzes uns darstellten; der Attentatswahn, die Furcht vor dem rothen Gespenst, sie sind in der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes verschwunden und die Sozialdemokratie hat den Sturm des Jahres 1878 nicht nur verwunden, sondern hat, wie die Regierung nach langem Lügen und Betrügen endlich selbst auf's förmlichste zugestehen muß, größere Ausdehnung, größeren Einfluß denn vorher gewonnen.

Jetzt aber ist unsere Lage eine wesentlich andere als bei Beginn des Sozialistengesetzes. Die Rücksichten, welche uns damals zur Zurückhaltung zwangen, bestehen heute nicht mehr. Im Gegentheil: alle Umstände empfehlen uns eine rege energische Parteithätigkeit, ja machen sie zur Nothwendigkeit.

Der Boden ist günstiger und empfänglicher denn je zur Aufnahme der sozialistischen Saat; denn das Volk seufzt unter Noth und Elend, Steuer- und Militärlast, Bedrückung, Polizeischikanen und Rückschritt auf allen Gebieten, und tiefe Unzufriedenheit herrscht allüberall in deutschen Landen. Und alle anderen Lehren und Parteien haben sich als unfähig zur Rettung erwiesen. Fehlt es sonach an günstigem Erdreich nicht, so ist an Saatgut noch weniger Mangel; denn der Samen des Sozialismus erweist sich triebkräftig und gesegnet, wo immer er auf guten Boden fällt, wo immer er von geschickten und hingebenden Arbeitern ausgebreitet und in die Tiefen des gesellschaftlichen Lebens, in das bedrückte Volk gepflanzt wird. Das wichtigste sind also die Säemänner, die Propagandisten und Agitatoren, die Männer, welche mit Hingebung und Opfermuth die Befreiungslehre des Sozialismus hinaus in das empfängliche Volk, auf den Markt des täglichen Verkehrs, in die Werkstatt und in die letzte Hütte tragen. Aber auch ihrer haben wir genug, die erfahren und bewährt in diesem Amt sind; und nicht weniger sind zahlreiche andere von Liebe und Begeisterung für die große Sache der Befreiung des arbeitenden Volkes und von Haß gegen die staatliche und gesellschaftliche Unterdrückung erfüllte Männer als dankbare Schüler und Jünger zur Hand.

So ist dem Werk alles günstig. Aber es kann nicht nur gethan werden, sondern es muß auch gethan werden, sollen die wider ihren Willen feiernden Arbeiter nicht mißmuthig werden und der Boden nicht verrotten und eine Beute des Unkrautes werden.

Wenn aber noch etwas gefehlt hätte, uns zu einer eifrigeren Thätigkeit als je anzuspornen, so ist es die im Werk begriffene Umwandlung der gegen uns geschaffenen Ausnahmezustände in eine bleibende Institution. Auf diese schamlose Proklamirung des Faustrechtes zur regelrechten Regierungsform gibt es für uns nur Eine Antwort:

Wir dürfen uns nicht mehr, wie in der ersten Zeit des Sozialistengesetzes, hauptsächlich mit der Erhaltung der vorhandenen Verbindungen begnügen, sondern wir müssen unsere auf die Revolutionirung des Volksgeistes und die gründliche Umgestaltung der herrschenden staatlichen und gesellschaftlichen „Ordnung" abzielende Agitation, nach den Verhältnissen verändert, aber eifriger denn je entfalten, sie immer tiefer ins Volk hineintragen, immer weitere Volkskreise in den Bann unseres Einflusses ziehen und zugleich zur höchsten Nutzbarmachung unserer propagandistischen Arbeit, sowie zum Zweck der wirksamen Durchkreuzung aller von der Reaktion gegen die Freiheit und den Sozialismus geplanten „gesetzlichen" und ungesetzlichen Schurkenstreiche unsere Organisation den veränderten Verhältnissen vollkommen anpassen und sie aus der bisherigen für verhältnißmäßig friedliche Zeiten geschaffenen Formation in eine für die jetzigen und kommenden Umstände zweckentsprechende Kriegsformation umschaffen. Denn wir leben in einem Zustand des erbittertsten Krieges, den uns unsere Feinde aufgezwungen, und von Friedlichkeit und Gesetzlichkeit schweige man uns. Von „Recht" kann heute nicht mehr die Rede sein; es handelt sich um nichts mehr als die pure Gewalt. Die Partei-„Gesetze" verbinden uns keinen Augenblick; sie existiren für uns nur, um sie zu umgehen, ihren Maschen zu entschlüpfen und — das erwachende Volk uns in die Arme zu treiben. Die jetzige Willkürherrschaft macht der Sozialdemokratie die Wahl des zu beschreitenden Weges leicht und schneidet jeden Streit darüber kurz ab; sie wird der kommenden Umwälzung ihre Gestalt geben . . . . .

Ueber die Organisation zu sprechen, ist natürlich hier nicht der Ort; die Genossen mögen sich nur mit sicheren Adressen ins Einvernehmen setzen, worauf das Weitere erfolgen wird.

Ueber die wirksame Gestaltung der Propaganda, sowohl der mündlichen als der schriftlichen, wird das Weitere ebenfalls auf privatem Wege zu veranlassen sein. Hier nur ein Wort hinsichtlich der Agitation durch Flugschriften. An Agitationsschriften fehlt es uns wahrlich nicht; aber dieselben sind größtentheils ausschließlich für Parteigenossen oder doch sich bereits für unsere Sache Interessirende geschrieben. Für die weitern, uns noch fernstehenden Volkskreise aber ist wenig vorhanden und außerdem müssen solche zur weitesten Verbreitung geeigneten Schriften unentgeltlich sein, was die vorhandenen ihres Umfangs wegen nicht sein können.

Um nun diese Lücke auszufüllen und die für die Erreichung unserer Ziele unumgängliche Aufklärung der Massen in gebührender Weise fördern zu können, haben wir einen eigenen Flugschriften-Fonds gebildet, der aus freiwilligen Beiträgen unterhalten werden und dazu dienen soll, kurze volksthümlich geschriebene Flugblätter über die wichtigsten Fragen der Zeit vollkommen unentgeltlich zu Zehn- und Hunderttausenden ins Volk zu schleudern. Die Parteigenossen werden dadurch in den Stand gesetzt, gegen bloße Vergütung der Postgebühren derartige „Brandschriften" in zahlreichen Exemplaren zu beziehen, um sie trotz Sozialistengesetz und Polizei über das Land zu verbreiten, sie in die Häuser, Werkstätten und Fabriken zu legen, dem Nachbar in die Tasche zu stecken oder durch die Post zu senden, auf die Straße zu werfen, nächtlich an die Ecken zu kleben oder hinter die Läden zu stecken, im Eisenbahn- oder Tramwagen zu hinterlassen und in hundert andern Formen an den Mann zu bringen. Mit geringer Mühe, fast gar keinen Kosten und bei nur einiger Vorsicht auch mit wenig Gefahr kann auf diese Art jeder Genosse zur Ausbreitung unserer Grundsätze und zur allmäligen Zerbröckelung des Fundaments aller Tyrannei, der geistigen Beschränktheit der Massen, wirksam beitragen, und erwarten wir demnach, daß alle wackeren Genossen sich sowohl an der Unterhaltung des Flugschriften-Fonds durch freiwillige Beiträge — und seien es noch so kleine Beträge — als durch eifrige Bestellung und Verbreitung der Flugblätter mit allem Nachdruck betheiligen werden.

Für das erste Flugblatt ist (wie aus obiger Quittung ersichtlich) bereits von einigen mit der Sache bekannten Genossen ein ansehnlicher Betrag eingegangen, der sich hoffentlich bald mehren wird. Das erste Flugblatt wird in Bälde erscheinen und fordern wir die Genossen hiemit zu baldiger Bestellung beim „Sozialdemokrat" auf; jedoch müssen solche Bestellungen stets von Vertrauensmännern gegengezeichnet sein. An Portokosten wird 1 Pfg. für das Stück berechnet, doch werden für diesen Preis nicht unter 25 Exempl. gesandt.

Und nun ans Werk, Freunde und Gesinnungsgenossen! Bleibe Keiner zurück, wo es sich darum handelt, zur Untergrabung der dem Umsturz geweihten heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung beizutragen. Nehmt Euch an der Organisation unserer Feinde ein Beispiel, die durch diese allein das Volk zu beherrschen vermögen — organisirt Euch! Und erlahmt nicht in der Propaganda unserer Ideen, sondern agitirt unausgesetzt und mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln! Dann werden alle Anschläge unserer Feinde vergeblich sein und die Zeit ihres schmählichen Sturzes und unseres Sieges wird nicht ferne sein.

Deutschland, Ende Februar 1880.

Die neuen Sozialistenvorlagen.
II.

Ferner ist dem Reichstage seitens des preußischen Staatsministeriums eine Darlegung zugegangen, welche eine „Rechtfertigung" der Verlängerung des über Berlin und Umgegend verhängten kleinen Belagerungszustands gibt. Es heißt:

Durch die am 28. November 1878 getroffenen Maßregeln und durch die Anwendung der übrigen auf dem Gesetze vom 21. Oktober 1878 beruhenden Befugnisse war es gelungen, die sozialdemokratische Agitation in Berlin und dessen Umgegend in gewissen Schranken zu halten und äußerliche Ruhe herzustellen. Allein unter der Oberfläche dauerte die Bewegung fort und aus zuverlässigen Wahrnehmungen ergab sich, daß Berlin einer der hauptsächlichsten Heerde der sozialdemokratischen Bestrebungen geblieben und durch dieselben fortgesetzt mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht ist.

Bis in die letzte Zeit der Wirksamkeit der Anordnungen vom 28. November 1878 hatten auf Grund des § 28 Nr. 3 gegen Sozialdemokraten, und nur gegen solche, Aufenthaltsverbote in nicht unbeträchtlicher Zahl ausgesprochen werden müssen. Wurden hierdurch die Leiter der Agitation und die eifrigsten Förderer der-

selben ferngehalten, so traten doch immer von Neuem Andere an deren Stelle, welche gleich jenen die Verbindung unter den Genossen festigten und neu belebten, auch die Beziehungen zu den auswärtigen Führern, sowie zu den Umsturzparteien anderer Länder aufrecht erhielten. Ihre Mittheilungen und Anweisungen, in gelegentlichen Zusammenkünften und Besprechungen ausgegeben, gelangten durch die sicher und wirksam geführte Verzweigung der Agitation in kürzester Frist an alle Genossen. Die Sammlung von Mitteln für die Zwecke der Partei wurde insgeheim oder unter Umgehung des Verbots durch Vorspiegelung geselliger oder ähnlicher Zwecke fortgesetzt betreten.

In der festen Gliederung der Berliner Sozialdemokratie fanden die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Ideen und Bestrebungen Pflege und Kräftigung; sie wurden durch die zuversichtliche Hoffnung belebt, daß nach Ablauf der kurz bemessenen Dauer des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 die Zeit kommen werde, in welcher durch die äußerste Ausnutzung der öffentlichen Agitationsmittel und im Vereine mit den „Proletariern aller Länder" der Erreichung der allgemeinen Ziele näher getreten werden könne.

Die seit Erlaß des Sozialistengesetzes außerhalb Deutschlands entstandenen Preßerzeugnisse der Sozialdemokratie, namentlich die von Most in London herausgegebene „Freiheit" und der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat", in welchen mit rückhaltloser Offenheit der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung als das unverrückbare Ziel der Sozialdemokratie hingestellt, und die Solidarität mit den Umsturzparteien im Auslande proklamirt wird, hatten in Berlin in erheblichem Umfange Verbreitung gefunden. In den zustimmenden Hinweisungen dieser Blätter auf die radikalsten Anträge und Beschlüsse des im vergangenen Herbste in Marseille abgehaltenen sozialistischen Arbeiterkongresses und in der Verherrlichung der von Nihilisten ausgehenden Attentate in Rußland waren neue Anzeichen der Zunahme der internationalen und extremen Richtung der Sozialdemokratie herangetreten.

Dieser Sachlage gegenüber konnte auf die Anwendung aller zulässigen Mittel der Abwehr und Sicherung für Berlin und seine nächsten Umgebungen nicht verzichtet werden. Es erschien daher geboten, die im § 28 des Sozialistengesetzes vorgesehenen Anordnungen, und zwar mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen und die Natur der obwaltenden Verhältnisse im ganzen Umfange und auf die gleiche Dauer, wie im Vorjahre, von Neuem zu erlassen.

Revolutionsmacherei oder Revolutionirung der Geister?

-o- **Paris,** 18. Februar. Wie in London, so hat das Auftreten der „Freiheit" leider auch hier die Wirkung gehabt, in die Reihen der Parteigenossen deutscher Zunge Zank und Streit zu tragen. Dieselben Manöver, dieselben Schlagworte, ganz dasselbe Gebahren, wie es Ihre Londoner Korrespondenz schildert, hat sich auch hier abgespielt. Deshalb und da ich ein abgesagter Feind solcher persönlicher Streitereien bin, will ich nicht weiter darauf eingehen, sondern Ihnen einmal an den Ausführungen des großen „Revolutionärs" Most zeigen, daß er eigentlich gar nicht so böse ist, wie er sich den Anschein gibt, daß seine Lehren aber nichtsdestoweniger mit Vorsicht aufzunehmen sind.

Zu den Weihnachtsfeiertagen war nämlich M. herüber gekommen, um ein wenig Propaganda für seine engere Richtung zu machen und da hielt er denn natürlich auch eine Rede in einer Versammlung, worin er so einigermaßen sein Programm entwickelte. Der längeren Rede kurzer Sinn, resp. der Hauptinhalt war nun der: Nachdem M. feierlicher Weise erklärt hatte, daß die deutsche sozialdemokratische Partei jetzt die Kinderschuhe ausgetreten habe und nunmehr in das aktionsfähige Mannesalter eingetreten sei, erklärte er es für an der Zeit, von jetzt ab die Betonung des friedlichen Weges — an den noch kein deutscher Genosse im Ernste geglaubt hat — bei Seite zu lassen und eine kräftige „revolutionäre" Agitation zu unterhalten, damit — und nun werden Sie staunen! — „wenn den Herrschenden das Ruder aus der Hand fiele, wenn, wie schon so manchmal, die Regierungsgewalten so zu sagen auf der Straße lägen, sich auch muthige und entschlossene Männer fänden, die die Gewalten aufheben würden." M. hat damit den Fall vorgesehen, wo Preußen-Deutschland, von einem auswärtigen Feinde überwunden, ohnmächtig darniederliegt.

Als ich diesen „furchtbaren" Vorschlag hörte, konnte ich nicht umhin, dem Bürger Most ein „Natürlich" zuzurufen. Und ich frage: Was ist denn auch natürlicher als dieß? Welcher Sozialist würde in einem solchen Falle nicht hinzuspringen, würde nicht dem Sterbenden den letzten Gnadenstoß geben und ihm das Ruder aus den müden Händen reißen? Wenn das der ganze Zweck der großen „revolutionären" Propaganda sein soll, so behaupte ich: diese Propaganda ist längst gemacht. Denn sollten sich unter den über 50,000 ausgesprochenen Sozialisten, in Berlin z. B., nicht einige hundert entschlossene Menschen finden, die einen solchen im Grunde ja gar nicht so schweren Streich ausführten? Ist es nun, um zu einem solchen Resultat zu gelangen, nöthig, noch eine Extra-Revolutions-Partei, im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie zu gründen? Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen, die deutschen Genossen Schlafmützen zu nennen, unsere bewährten Vorkämpfer zu beschimpfen, sie der Feigheit, ja des Verrathes an der Sache zu zeihen? Ich meine, die Antwort wäre leicht.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite, und es ist gerade das Hauptübel und auch eine Erklärung des Gebahrens von M., daß er darüber so leicht hinweggeht. Gesetzt, das angedeutete Ereigniß tritt ein, die Armeen Preußen-Deutschlands sind in alle Winde zersprengt, der Kaiser mit seinen Prinzen auf der Flucht oder gefangen, der Feind vor den Thoren der Hauptstadt — und nun haben die Sozialisten die allgemeine Verwirrung benutzt und sich zum Meister der Situation gemacht. Was dann? Ist es möglich, anzunehmen, der siegreiche Feind, sei es nun das despotische Rußland oder die blaue Republik Frankreichs, werde die neue sozialdemokratische Regierung ohne Weiteres anerkennen? Als die Pariser Kommune unter ähnlichen Verhältnissen das Licht der Welt erblickte, da hatte die preußische Regierung nichts Eiligeres zu thun, als die nöthigen Mannschaften aus deutscher Gefangenschaft los zu lassen, damit dieselben auf Paris gehetzt werden konnten und hätte das nicht genügt, würde der Preußenkönig wohl keinen Augenblick Anstand genommen haben, die deutschen Truppen zur Zerschmetterung der verhaßten Revolution in Paris zu mißbrauchen.

Und was damals geschah, wird sich in dem angedeuteten Falle zweifellos wiederholen. Jede heutige Regierung sieht und muß in der Sozialdemokratie ihren grimmigsten Feind sehen. Wissen sie doch alle ganz genau, daß der Sieg derselben in einem Lande unfehlbar den Sieg im eignen Lande nach sich ziehen wird. Sie werden darum hundertmal eher den so eben niedergeworfenen König oder Kaiser wieder einsetzen. Und nun zu glauben, mit einer kleinen Schaar entschlossener Männer, wie sie M. in seinen Ausführungen für „genügend" erklärte, einem durch den Sieg doppelt starken Feinde, einer zahlreichen geübten Armee — und die gehört ja doch wohl dazu, um eine Militärmacht wie Preußen zu besiegen — mit Gewalt entgegentreten zu können: dazu gehört eben die ganze Illusion eines Mannes, dessen Ideen wohl sehr wohlmeinend sein mögen, aber an politischer Reife so viel wie alles zu wünschen übrig lassen.

Nehmen wir aber einmal das Unwahrscheinliche an, daß der Landesfeind sich, etwa durch große gewährte Vortheile, bewegen lasse, Frieden zu schließen und abzuziehen. Wer nun etwa meint, daß dann Alles gewonnen sei, der täuscht sich ganz gewaltig. So schwer der Sieg zu erringen sein wird, die Hauptschwierigkeiten fangen erst dann an, wenn es gilt, die sozialdemokratischen Einrichtungen ins Leben zu rufen. Zu solch einschneidenden, tief in das Leben jedes Einzelnen hineingreifenden Umänderungen, gehört die volle Hingabe und Mitwirkung und hierzu wiederum das volle Verständniß des Volkes oder wenigstens eines großen Theiles desselben. Und zu diesem Verständniß gelangt das Volk nicht durch ein paar Brandreden oder dito Zeitungsartikel, sondern dazu bedarf es eben der zwar mühsamen, aber sicher zum Ziele führenden Belehrung. Und damit komme ich auch zu dem Hauptunterschied unserer Auffassung und derjenigen Most's.

Während M. meint, daß nach erlangtem Siege die volle Agitation, die volle Aufklärung beginnen könne, sagen wir: die Aufklärung muß vorausgehen, bis zu einem gewissen Grade eine vollzogene Thatsache sein, ehe überhaupt ein erfolgreicher Schlag ausgeführt werden kann; und es ist deshalb die Pflicht eines jeden einsichtigen Sozialisten, nicht nur keinen verfrühten Ausbruch zu provoziren, sondern geradezu, so viel es in seiner Macht liegt, denselben zurückzuhalten, bis unsere Ideen so weit in alle Volksschichten eingedrungen sind, bis die Luft (wenn ich mir dieses Bild erlauben darf) derart mit Sozialismus geschwängert ist, daß das reinigende Gewitter mit Naturnothwendigkeit hereinbrechen muß.

Wenn nun M. weiter sagt, wir hätten nach einem Siege auch die Ueberläufer, die Erfolganbeter auf unserer Seite, so ist das eben auch wieder eine seiner illusorischen Berechnungen. O ja, wir werden diese Leute in unserem Lager finden; aber zu unserem größten Schaden. Denn sie werden kommen mit den übertriebensten Hoffnungen auf das Wunderding, den Sozialismus. Erfüllen sich aber diese Erwartungen nicht sogleich, fängt das Schlaraffenleben, das sich dann Mancher träumen mag, nicht alsogleich an, dann sind diese Erfolganbeter sofort wieder unsere Feinde, und werden in den Händen unserer Gegner ein willkommener Sturmbock sein. Der aufgeklärte Sozialist dagegen weiß recht wohl, welch mühsamer Arbeit es noch bedarf, bis das Endziel erreicht ist: „die Wohlfahrt Aller durch den kommunistischen Betrieb der Arbeit" und versteht deshalb seine Wünsche zu zügeln.

Und dann hat der junge soziale Staat noch eine Gefahr zu befürchten: die der Ehrgeizigen, von denen M. allerdings nicht gesprochen, obgleich es ihm so nahe gelegen hätte. Auch dieser kann nur durch die möglichste Durchbildung des Volkes vorgebeugt werden. Wehe unserer Sache, wenn dieselbe durch irgend ein Ereigniß berufen werden sollte, die Gesellschaft umzuformen und dann an dem Unverständniß der Masse scheitern würde! Dieselbe wäre auf lange Zeit begraben, den Gegnern aber ein furchtbarer Scheinbeweis in die Hand gegeben, für die Undurchführbarkeit unserer Ideen.

An all dieses denkt aber ein M. nicht, setzt sich vielmehr über alle diese schwerwiegenden Gründe leichten Herzens mit der Phrase hinweg: daß Revolutionen stets durch Minoritäten gemacht worden seien. Jawohl: Palastrevolutionen, Militairrevolten, z. B. in Spanien, wo es sich darum handelt, einen Herrscher wegzujagen oder todtzuschlagen, um — einen anderen einzusetzen. Selbst eine Monarchie in eine Republik umzuwandeln, kann einer Minorität gelingen, da das Volk bei allen diesen Dingen ja doch nur mehr oder weniger den indifferenten Zuschauer abgibt und es ihm schließlich gleich bleiben kann, ob es von dem oder jenem, von Einem oder Mehreren geschoren wird. Aber eine soziale Revolution, in welcher die innersten Lebensbedingungen jedes Einzelnen total umgestaltet werden sollen, wo so viele vermeintliche Interessen angegriffen werden (man denke nur an den Eigenthumsfanatismus der Bauern), eine solche Umwälzung, die will man mit einer Minorität durchführen?! Gewiß wird eine Minorität das Signal geben, da die entschlossenen und muthigen Geister immer in der Minorität sind; aber sie wird elendiglich verbluten (und wäre sie noch zehnmal aufopferungsfähiger wie die russischen Sozialisten) wenn die Menge nicht vorbereitet, wenn sie nicht begreift, um was es sich handelt, kurz, wenn sie dem kühnen Signal keine Folge gibt.

Und deshalb denke ich mir die kommende Revolution auch nicht in einem einzelnen Lande, nach einem unglücklichen Kriege, sondern sie muß, soll sie von dauerndem Erfolge sein, in allen zivilisirten Ländern zugleich losbrechen. Wahrscheinlich gibt ein Land das Beispiel, und dazu noch im tiefsten Frieden. Und gerade unsere Partei wird berufen sein, je mehr sie sich ausausbreitet, die Herrscher zu diesem äußeren Frieden zu zwingen; denn jede Regierung wird einen Krieg scheuen, wenn sie weiß, daß in ihrem Innern eine mächtige Partei steht, die bei schlechtem Ausgang ihre Erbschaft antreten wird. Aber zu dieser gesunden, zu dieser wahren Revolution gelangen wir nicht durch Schlagworte, sondern dazu gibt es nur Ein Mittel und das heißt: Aufklärung!

Eine parlamentarische Schandthat.

= **Dresden,** 19. Febr. Jeder Leser dieses Blattes wird sich mit tiefer Entrüstung der schamlosen Orgien erinnern, welche die Chemnitzer Polizei gelegentlich der letzten Landtagswahlen gegen die sozialistischen Wähler von Chemnitz und Umgegend verübte. Versammlungen wurden ohne gesetzlichen Anhalt verboten, Blätter unterdrückt, Plakate, zu deren Anschlagen es gar keiner behördlichen Erlaubniß bedarf, weggenommen, kurz der berüchtigte Polizeidirektor Siebdrat riß hohnlachend das Gesetz in Fetzen und etablirte eine türkische Paschawirthschaft in verschlechterter Auflage. Endlich sandte er sogar seinen Spießgesellen, den neuerdings verstorbenen Polizei-Inspektor Carius, einen gemeinen Dieb — derselbe bestahl die Bekleidungskasse der Polizeimannschaft um 5000 Mark, was aber von Siebdrat und Consorten bis heute vertuscht blieb — mit der Leine nach dem Verkehrslokal der Sozialisten und ließ Alles, was dort zufällig verkehrte, verhaften, wodurch der sozialistische Kandidat, Reichstagsabgeordneter Bahlteich ebenso wie der Abgeordnete Wiemer beseitigt wurden und die durch solche unerhörte Gewaltthätigkeit eingeschüchterte Arbeiterschaft, die sich nun jedes Verbrechens seitens der Polizei gewärtig sein mußte, führerlos dastand.

Das Alles ist bekannt — wir führen es dem Leser nur nochmals vor Augen, um die Stellung der sächsischen „Volksvertretung" diesen Schändlichkeiten gegenüber in's rechte Licht zu stellen.

Wie jeder anständige Mensch über die Chemnitzer Skandale das Haupt schüttelte, so durchzuckte auch selbst die zweite Kammer unseres Landtags ein Gefühl der Scham, als der Chemnitzer Wahlprotest vorgelegt wurde. Sie schwang sich zu dem Beschlusse auf, Untersuchung anstellen zu lassen und im Fall der aktenkundigen Bestätigung des Vorgefallenen das Mandat des als gewählt nach Dresden gekommenen „reichstreuen" Kandidaten Ruppert zu verwerfen. Letztere Absicht sprach sich in einstimmiger Beanstandung jenes Mandats aus.

Nun — die Untersuchung ist geschehen, es hat sich Alles bestätigt; Siebdrat hat sich mit nichts weiter ausreden können, als mit der Angabe, die Zwickauer Kreishauptmannschaft (dieselbe, welche sich an Kolporteursfamilien, die sie durch Entziehung des Kolportagerechts dem Hunger überliefert, schon so vielfach versündigte) habe ihn auf die Chemnitzer Sozialisten gehetzt.

Die Wahlprüfungsdeputation des Landtags sah sich in der Lage, entweder an dem ehrlosen Werke der Siebdrat und Konsorten durch Vertuschung theilzunehmen, oder die Wahl des Ruppert für ungültig zu erklären und dadurch einem Sozialdemokraten die Pforten des Landtags zu öffnen; denn daß bei unbeeinflußter Wahl der Sieg auf unsere Seite fallen würde, unterliegt nirgends einem Zweifel. Die Deputation war ehrlich genug, dem Landtage dennoch Kassation der Wahl vorzuschlagen, und die Abtheilungen der Kammer beschlossen einstimmig, in Konsequenz ihrer früheren Entscheidung, der Deputation zuzustimmen.

So weit war Alles in Ordnung. Da am Montag Abend, als die Wahl für Dienstag schon auf der Tagesordnung stand, geschieht eine jener Machinationen hinter den Koulissen, durch welche im Reichstage das Volk schon so oft verrathen und verkauft wurde: die gesammte konservative und liberale Fraktion werden umgestimmt — wahrscheinlich durch gemessene „Wünsche" des Ministers, denen unsere allerunterthänigsten „Stände" zum großen Theil nicht zu trotzen wagen — und es wird beschlossen, die Ehre des Volksvertreters, das Recht der Wähler und das Interesse der durch Polizei-Orgien schwer gekränkten öffentlichen Moral und Sitte zu opfern, die Konsequenz des früheren Beschlusses zu verlassen, und die roheste Polizeiwillkür durch Anerkennung der Ruppert'schen Wahl zu sanktioniren!

Nachdem dieser nichtswürdige Beschluß im Geheimen gefaßt war, verließ die betreffenden Abgeordneten jede Regung von Schamgefühl und die erstaunten Zuhörer der Landtagsverhandlungen hatten am andern Tage das häßliche Schauspiel, ein Parlament sich selbst moralisch hinrichten zu sehen.

Die Debatte eröffnete ein gewisser Richter aus Tharandt mit der lächerlichen Bemerkung: die Polizei habe zwar jene Gesetzesverletzungen begangen, aber das habe doch mit der Wahl nichts zu thun, es sei ja kein Wähler gewaltsam von der Urne zurückgehalten worden. Man bedenke: erst beanstandet man einstimmig die Wahl wegen der Polizeimaßregeln und jetzt hatten plötzlich die letzteren mit der Wahl „gar nichts zu thun". Die Kammer brach über diese Phrase nicht in homerisches Gelächter aus, es war ja auch ganz gleich, was die Redner sagten — der Verrath war ja längst erkauft und beschlossen! Ein Konservativer fand es nothwendig, besonders zu versichern, daß er wortbrüchig sei und der nationalliberale Führer Kirbach that dasselbe, noch hinzufügend, man werde heute zwar unlogisch handeln, aber Logik sei ja nicht das Höchste! Ein anderer Konservativer, Günther, ging in Allotria noch weiter: er habe eine Sammlung jener gefälschten Zitate aus angeblich sozialistischen Schriften zur Hand und las daraus zum größten Gaudium des Tribünenpublikums aufreizende Stellen vor und brachte auf diese Weise auch einige fette „Majestätsbeleidigungen" an, die einem andern armen Teufel mehrere Jahre Zwickauer Zuchthaus einbringen würden, wenn er sie öffentlich vorläse.

Unsere Abgeordneten beschränkten sich darauf, in ruhigen Worten gegen den namenlosen Skandal Protest einzulegen und auf die Folgen aufmerksam zu machen, welche über einen Staat hereinbrechen, dessen Machthaber durch Gewaltthaten durchaus Gewaltthaten provoziren wollen. „Sie proklamiren den Bürgerkrieg", erklärte Liebknecht, während Freytag das verrätherische Spiel hinter den Koulissen aufdeckte, welches von Liberalen und Konservativen getrieben worden war. Die Fortschrittler beschränkten sich auf einfache Reservehaltung.

Als die Debatte einige Stunden gedauert hatte, und die Konservativen namentlich eine eminente Gesetzesverachtung durch Gutheißung aller Siebdrat'schen Schandthaten gezeigt hatten, so daß selbst ein Fortschrittler zu dem Geständniß genöthigt war: „Der Abgeordnete Liebknecht hat heute mehr Sinn für Recht und Gesetz bewiesen, als der konservative Günther", vollzog die Abstimmung formell, was längst beschlossen war. 45 Stimmen waren für — 26 gegen die Giltigkeitserklärung der Wahl Rupperts.

Für den infamen Richter'schen Antrag — man merke sich die Namen! — stimmten: Ackermann (der Schwindelgründer und neue Reichstags-Vizepräsident), Ahnert, Beeg, Berndt, v. Bosse, Bunde, Eichorius, Däberitz, Geldke, Georgi, Grimm, Günther, Heymann, Hildebrand, Käuffer, Kirbach, Knechtel, Dr. Krause, Kreller, Kreßner, Leutritz, Matthes, Mehnert, Möbius, Müller (Freiberg), Niethammer, Pößler, Penzig, Dr. Pfeiffer, Preüfer, Richter (Glasewitz), Richter (Tharandt), Roth, Scheller, Schreck, Seydel, v. Seydewitz, Sieboth, Speck, Stauß, Uhlemann Ullrich, Bodel Werner; dagegen: Bönisch, Breitfeld, Führmann, Freytag, Grahl, Haberkorn, Dr. Heine, Kökert, Köselitz, Lehmann, Liebknecht, May, Dr. Meischner, Dr. Minckwitz, Müller (Colditz), Oehmichen, Philipp, Puttrich, Riedel, Dr. Schaffrath, Schmidt, Schreck, Streit, Uhle (Glauchau), Uhle (Plauen), Walter.

Durch diesen Beschluß hat die Majorität der zweiten Kammer des sächsischen Landes ihre politische Ehre (soweit sie davon noch besaß. D. R.) verloren, sie hat mit Polizeischergen der schlechtesten Sorte Gemeinschaft gemacht und sich sogar zu deren ausführendem Organ hergegeben. Ja, sie hat dadurch die Polizei zu neuen Gesetzesverhöhnungen ermuntert und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet. Einen schlimmeren Mißbrauch des Volksvertreter-Mandats gibt es nicht! Und dies Alles geschah nur, um die gefürchtete Wahl eines Sozialdemokraten im Keime zu ersticken und einen reichstreuen Gesetzesverächter der Kammer zu erhalten, der auch wirklich frech genug ist, auf Grund eines dergestalt erschwindelten Mandats Volksvertreterbefugnisse auszuüben und Diäten zu verlangen.

Die ganze Affaire zeigt, daß Alles, was von „Gesetz und Recht" in Deutschland gesprochen wird, uns gegenüber eitel Heuchelei und Lüge ist. Man geht „gesetzlich" vor, so lange mittels unserer schlechten Gesetze etwas zu unserer Unterdrückung erreicht werden kann; dann, wenn die „ordentlichen" nicht mehr zureichen, macht man Ausnahmegesetze; und schließlich tritt man alle diese Gesetze doch noch mit Füßen, wenn man mit ihnen nicht mehr auskommt. Man übt offen Willkür, wenn man es nicht mehr maskirt thun kann. Die Sozialdemokraten sind vogelfrei, gegen uns ist jede Schandthat erlaubt, jedes Mittel, auch das schlechteste, ist zu unserer Unterdrückung recht ... Und in dieser grassen Anarchie redet man noch von staatlicher „Ordnung" und von „Gesetz", ja man verlangt von uns, den Geächteten, Achtung vor bestehenden Parteigesetzen!

Nun — mögen sie ihren Staat vernichten, mögen sie ihre Gesellschaft zur Auflösung treiben: wir stehen beim Berenden dieses Organismus wie am Krankenbett eines Verbrechers, dessen Verhängniß uns die Mühe erspart, ihm den Gnadenstoß geben zu müssen!

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

* Die famose Sozialistenvorlage wird in der ausländischen Presse nicht weniger eifrig besprochen, als die Militär-Vorlage. Die Urtheile lauten selbst von dem Sozialismus nichts weniger als gewogener Seite fast durchaus absprechend, und von mehr als einer Seite wird der deutschen Regierung ein schlimmer Ausgang des von ihr unternommenen gewagten Spiels vorausgesagt, während der Sozialdemokratie nicht selten wenigstens politisch Gerechtigkeit widerfahren lassen wird und weitere Erfolge derselben als zweifellos erklärt werden. So schreibt die Brüsseler „Chronique“:

„Die demokratische Bewegung in Deutschland ist nicht erstickt. Die Ausnahmegesetze gegen den Sozialismus wurden mit vollkommener Rücksichtslosigkeit ausgeführt; aber die Sozialisten haben unter den arbeitenden Klassen mehr Boden als früher gewonnen. Natürlich ist es deshalb, daß die Thronrede die Nothwendigkeit der Verlängerung dieses quasi-diskretionären Gesetzes ankündigt. So beharrt die Regierung, in Mitschuld mit der Mittelklasse, deren Furcht sie ausbeutet, darauf, den deutschen Sozialismus mit jener romantischen Partei zusammenzuwerfen, welche man früher in Frankreich unter diesem Namen kannte, und vermengt die Bestrebungen der einen mit den chimärischen Träumen der andern. Aber Bismarck verkennt doch weniger als irgendwer, daß die Führer des Sozialismus durchaus nichts Romantisches haben, sondern daß sie vielmehr überzeugt, praktisch und logisch sind und daß ihre Kraft in der unbestreitbaren Thatsache begründet ist, daß das gegenwärtige Regime jede Hoffnung auf eine umgehende oder baldige Verbesserung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung ausschließt. Die demokratische Bewegung wird in demselben Maße heftiger, in welchem man ihrer friedlichen Ausdehnung Hindernisse bereitet. Diese Perspektive kann nicht Jedermann gefallen; sie wird mehr als Eine Voraussicht vereiteln, durch mehr als Eine Berechnung einen Strich machen; aber sie ist deshalb nicht weniger gewiß . . . .“

— Der berüchtigte „Bannbruchs“-Prozeß gegen die Abgg. Fritzsche und Hasselmann ist auf Antrag Hasenclevers durch Beschluß des Reichstags auf die Dauer desselben eingestellt worden. Vielleicht wird er durch das Lagern gleich Käse oder Schnaps besser.

— In Berlin wurden weiter ausgewiesen: Buchbindermeister Kothe, Tischler Peege, Steindrucker Leist, Schneider Tachner. Unter den Ausgewiesenen befinden sich Familien-Väter, welche die infame Polizei bekanntlich absichtlich heraussucht, um sie und die Partei desto härter zu treffen!

— Der Petersburger Winterpalast-Schrecken ist auch an der Spree eingekehrt und treibt die ergötzlichsten Blüthen. Gelegentlich eines jüngsten Opernhaus-Balles machte sich ein Schelm den Spaß, die löbliche Polizei anonym zu benachrichtigen, daß während des Balles, den der Kaiser besuchte, das ganze Opernhaus in die Luft gesprengt werde. Da man aber in Berlin nichts von Tyrannei kennt und ein gutes Gewissen hat, so — fiel man auch richtig hinein, untersuchte das Opernhaus bis in den letzten Winkel, steckte die halbe Polizei zur unsichtbaren Ueberwachung in Maskengewänder 2c. Bald aber zeigte sich, daß man genarrt war, denn es passirte nichts Ungewöhnliches und — Niemand brauchte ein zweitesmal zu zittern.

— Unserer neulichen Notiz über die Arbeiterrevolte in der Scharlaygrube, vielmehr in der Ronzionkaugrube in Oberschlesien ist einiges nachzutragen. Es bestätigt sich, daß sich die Arbeiter zu Gewaltthaten und Zerstörungsakten hinreissen ließen, so daß Militair zur Herstellung der Ordnung requirirt werden mußte. Aber selbst der amtliche Bericht muß zugestehen, daß die Ursache der Erregung der Arbeiter eine „verhältnißmäßig geringere Lohnzahlung“ gewesen ist. Die Arbeiter waren nämlich infolge der elenden Löhne und der Theuerung der Lebensmittel seit längerem gezwungen, Vorschüsse zu erheben, und diese wurden ihnen nun jetzt, trotz ihrer Bitten und der Unmöglichkeit, sie unter den jetzigen wenig veränderten Verhältnissen zurückzubezahlen, von der Verwaltung des steinreichen Grafen Henkel von Donnersmark unbarmherzig abgezogen, so daß die Leute am Zahltage nur wenige, kaum auf ein paar Tage reichende Groschen erhielten. Und daß dies eine große Aufregung unter den Arbeitern hervorbringen mußte, wußte man genau, wie Berichte von Bourgeoisblättern naiv zugestehen: „man habe den Ausbruch von Unruhen schon vorhergesehen und deshalb Gendarmen an die Grube beordert gehabt.“ Trotzdem gelten natürlich die armen Arbeiter als die einzig Schuldigen und werden aufs barbarischste bestraft, während die wahren Verursacher unbehelligt bleiben. Es ist doch was Schönes um solche „Ordnung“!

— Für die auf den 30. März festgesetzte Reichstags-Ersatzwahl in Osnabrück ist seitens unserer Partei Genosse Freytag aus Leipzig, sächsischer Landtagsabgeordneter, als Kandidat aufgestellt.

— Unseren früheren Berichten über die allgemeine Polizeirazzia auf den „Sozialdemokrat“ ist nachzutragen, daß auch in Altona, Ruppin, Odenheim, Landshut, Flensburg, Weimar und zuletzt — unter Aufbietung der ganzen Kriminalpolizei — in Breslau und Umgegend zahlreiche Haussuchungen und theilweise Verhaftungen vorgenommen wurden, ohne daß man dabei irgend welche erhebliche Erfolge erzielt hätte. Wir hätten das der Polizei voraussagen, und diese hätte sich die Mühe sparen können. Auf diese Weise kommt man den deutschen Sozialdemokraten nicht an!

—r. **Berlin,** 21. Febr. Im Reichstag wurde gleich nach der Präsidentenwahl die Generaldebatte über den Etat eröffnet. Aus den Debatten, in welche mit besonderem Geschick die Abgg. Richter und Bebel eingriffen, ging hervor, daß alle Versprechungen, die Seitens der Regierungen und des Fürsten Bismarck im Vorjahre bei den Berathungen über den Zolltarif gemacht wurden, eitel Flunkereien gewesen sind. Die Ueberschüsse des Reichs an Zöllen und indirekten Steuern nämlich, die in sichere Aussicht gestellt worden waren, sollten bekanntlich den Einzelstaaten und den Kommunen zu Gute kommen; nun aber schluckt sie, wenn die neue Militärvorlage durchgeht, was unzweifelhaft geschieht, der Militärmoloch. Richter und besonders Bebel drangen auf Verkürzung der Dienstzeit, wodurch allein Ordnung in's Budget kommen könne; der letztere wollte die Verkürzung der Dienstzeit natürlich in solchem Maaße, daß ein Volksheer die naturgemäße Folge davon sein würde. Sehr bezeichnend war die Klage des Vertreters der Bundesregierungen, daß man sich in der Einnahme, die aus der Besteuerung von Bier und Branntwein im vorigen Jahre erwartet worden sei, sehr getäuscht habe — dieselbe sei eine erheblich geringere gewesen! Für ein solches unfreiwilliges Zeugniß kann das deutsche Volk dem Kommissär recht dankbar sein; um so niederträchtiger aber ist es, wenn sich in andern Fällen die Vertreter der Regierungen und der Majoritätsparteien im deutschen Reichstage nicht entblöden, von den deutschen Arbeitern als von schnapsverkommenen Menschen zu reden.

Der Höhepunkt der Debatte wurde durch die Bebel'sche Rede erreicht. Bebel griff den Schutzzöllner und Reaktionär Kardorff, der in der nihilistisch-panslavistischen Bewegung in Rußland eine Kriegsgefahr für Deutschland erblickte, energisch an, indem er solche Vorspieglungen nur als geeignet erachtete, die Militärvorlage demnächst durchdrücken zu helfen. Wenn man sich mit Frankreich gut stünde, meinte der Redner, so sei jede Kriegsgefahr geschwunden. Frankreich und Deutschland marschirten an der Spitze der Zivilisation; deßhalb sei es ein ganz besonderes Unglück, daß durch die Annexion von Elsaß-Lothringen die Freundschaft für lange, lange Zeiten gestört sei. Diese Annexion brauche nicht gerade völlig rückgängig gemacht zu werden; das allgemeine Stimmrecht müsse für die einzelnen Bezirke in Bezug auf ihre Zugehörigkeit zu einer von den beiden Nationen entscheiden und ein europäischer Areopag könnte das gesammte Land dann für neutral bei allen Kriegen erklären. Bei nur einigem guten Willen ließe sich das sehr gut machen. Dann sei Rußland gar nicht zu befürchten, der Militarismus würde aufhören und die Völker könnten ihre Kräfte mehr und mehr den Kulturzwecken zuwenden. — Bei den Ausführungen, welche der Redner über die Annexion und über die Vorzüge eines Volksheeres machte, wurde er von dem Präsidenten mehrfach unterbrochen und zur Sache gerufen, so daß selbst nationalliberale Parlamentarier verwundert die Köpfe schüttelten. Noch ist es nicht entschieden, ob solches Verfahren der Ungeübtheit oder der Ungerechtigkeit des neuen Präsidenten, des Vetters des Grafen Harry v. Arnim, zuzuschreiben ist; doch das wird die nächste Zukunft schon lehren.

Bei seinen Ausführungen gegen Kardorff hatte Bebel erwähnt, daß ersterer seine Weisheit über Rußland lediglich aus der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ geschöpft habe. In einer persönlichen Bemerkung erklärte nun in frecher Weise dieser saubere Patron, daß er allerdings nicht so gut direkt von den nihilistischen Bestrebungen unterrichtet sei, wie das natürlich bei dem Abg. Bebel der Fall sein müsse, worauf Bebel erwiderte, daß er und seine Partei keine Verbindungen mit Rußland habe und daß die Nihilisten weit mehr unter den Standesgenossen des Herrn v. Kardorff zu suchen seien.

Ein Redner vom Zentrum betheiligte sich merkwürdigerweise bei den Debatten nicht — die Herren wollen erst Stellung nehmen, wenn sie Gewißheit erlangt haben über die neuerdings gepflogenen Verhandlungen zwischen Bismarck und Bennigsen; letzterer soll dem ersten nämlich die neue Militärvorlage aus dem Feuer holen. Er wird es auch zweifellos thun und sich dabei die Pfoten nochmals verbrennen. Einen verächtlicheren Menschen kann man sich unter den Parlamentariern kaum denken, als diesen, der für Versprechungen, die nie gehalten wurden, seine Gesinnungen alljährlich verkauft. Nächstens mehr.

— **Altona,** 19. Febr. Die Spürhunde sind wieder an der Arbeit. Gestern fanden hier zahlreiche Haussuchungen statt, die zur Verhaftung von 12 Personen führten. Bei einem Verhafteten sollen 22 kouvertirte Nummern des „Sozialdemokrat“ gefunden worden sein; die übrigen waren, soviel bekannt, nur im Besitz einzelner Nummern. Auf den Werkstellen und in Fabriken wurden den Arbeitern selbst die Kleider durchsucht — alles im Namen des „Rechts“ und des „Gesetzes“. Ganz gewiß glaubt die Polizei den Verbreiter gefunden zu haben, indeß täuscht sie sich; ein Zufall hat ihr ein unschuldiges Opfer in die Hände gespielt und die Verbreitung dauert fort.

Unsere Rechnung mit dem „Recht“ in Deutschland ist gemacht; wir können kein Recht mehr verletzen, da wir keines mehr haben. Ob wir im großen Käfig, genannt Deutschland, sitzen, oder im engen der Gefängnißzelle, ist uns gleichgültig. Genossen Deutschlands! Schon Heinrich Heine läßt in seinem Gedicht „Die schlesischen Weber“ aus dem Munde der Weber Deutschland zurufen: „Deutschland, wir weben Dein Leichentuch.“ Helfen wir nun, helfen wir emsig weben an dem Leichentuch, damit es fertig werde, und wir das heutige Deutschland einwickeln und begraben können. Ueber seiner Leiche wird dann die soziale Republik um so üppiger emporblühen. Darum unverzagt weiter gearbeitet über den Opfern!

Hans Großknecht.

— **Saarbrücken,** 18. Februar. Heute früh verließ Genosse Kaulitz das Gefängniß zu Trier; der 19. März wird auch Hackenberger die Freiheit bringen und mit ihm dem letztem der Verurtheilten von Saarbrücken. Als am 18. August 1877 das Urtheil — es lautete auf 2½ Jahren Gefängniß für beide — publizirt war, druckte es der „Vorwärts“ einfach ab, und fragend: „Wer macht verächtlich?!“ rief er den kgl. Richtern zu: „Justitia fundamentum regnorum!“ und beantragte für jeden derselben 2 Jahre Gefängniß „ohne das Uebrige“. Es war ein Musterurtheil, eins von Blut und Eisen. Weshalb wir heute darauf zurückkommen? Weil es der letzte Versuch der Reaktion war, die brutale Gewalt unter einem Schein von Recht von verbergen. Bei der Berathung des Socialistengesetzes beriefen sich gerade die „Liberalen“ nach Vorgang der „Kölnischen Zeitung“ auf die „mit alleiniger Hülfe der alten Gesetze gelungene Unterdrückung der Bewegung im Saarbrücker Kohlenbecken“.

Die St. Johann-Saarbrücker „Freie Volksstimme“, unser damals jüngstes Parteiorgan, ward nach Ausgabe der 7. Nummer einfach unterdrückt — jede Nummer hatte mehr als 1 Jahr Gefängniß gekostet. Nacheinander waren ihre 4 Redakteure verhaftet, 3 derselben: Hackenberger, Kaulitz und Genosse Wupka zu 5 Jahren 4 Monaten Gefängniß verurtheilt, der vierte plötzlich nachträglich für diensttauglich erklärt und als „unzuverlässiger“ Heerespflichtiger nach längerer Haft auf die Festung Saarlouis geschickt; keiner von ihnen hat mehr als 2 Nummern, einer nur eine einzige redigirt. Die Mitglieder der Preß-Kommission wurden in Untersuchung gezwungen, die tüchtigsten Genossen unter leeren Vorwänden ausgewiesen, mit raffinirtester Niedertracht verfolgt oder monatelang in Untersuchungshaft gehalten, um dann „vorläufig“ wieder in „Freiheit“ gesetzt zu werden. Das Redaktionslokal der „Freien Volksstimme“ ward unter Siegel gelegt, Kaulitz's Buchhandlung sans phrase geschlossen, das vorhandene Bücher- und Broschürenlager, ja sogar seine Privatbücher in Beschlag genommen, seine Garderobe, Leibwäsche, Uhr, Werthsache, Kassa, selbst Bücherrepositorien zur Deckung (noch nicht entstandener) Kosten gepfändet, die Kolporteure verhaftet, einer derselben, unser braver „Pionier der Menschheit“, Genosse Mathies, zu 4 Monaten Gefängniß „verurtheilt“. Zwölf der thätigsten, treuesten Genossen entzogen sich, nachdem ihre meist blühenden Geschäfte glücklich zu Grunde gerichtet, nur durch die Flucht dem Kerker: sie gingen nach Belgien, Frankreich, der Schweiz. Ihnen folgten 4 der zuverlässigsten Parteiwirthe, während den übrigen die Konzession entzogen oder sie selbst durch Polizeischikanen mürbe gemacht wurden. Hunderte von Arbeitern wurden gemaßregelt, mit Weib und Kind auf das Straßenpflaster geworfen — — — und die „liberale“ Presse klaschte zu alledem jubelnd Beifall den deutschen Richtern und der Polizei, daß sie „so energisch die drohende Gefahr abgewandt.“

Und doch, trotz alledem und alledem, hielten die Arbeiter fest und treu zusammen, schufen eine neue Organisation, nahmen sie mit unbeugsamer Energie die Agitation wieder auf. Kaum hatten sie im Frühjahr 1878 wieder ein Lokal gefunden, so beriefen sie eine Volks-Versammlung — sie wurde sofort polizeilich aufgelöst, der Referent, Uhrmacher Metzger, verhaftet und zu 4 Monaten Gefängniß „verurtheilt“. Volle 1½ Jahr blieben Haussuchungen an der Tagesordnung, nicht etwa schon damals verbotene Schriften, nein, jedes Parteiblatt, jede Brochure ward mit Beschlag belegt. Deutschrußland nannte die „Freie Volksstimme“ den Saarbrücker Bezirk, und mit Recht: es herrschte hier die Knutenwirthschaft in ihrer Vollendung. Da war ein Sozialistengesetz allerdings überflüssig. Schämte man sich doch nicht, Kaulitz, welcher ein kaufmännisches Geschäft am Platze selbst hatte, wegen einer einfachen Beleidigungsklage gefänglich einzuziehen, ihn in Handeisen gelegt und mit einem Todtschläger zusammengekettet durch die Stadt zu schleppen, stundenlang so im Vorhofe des Gerichtsgebäudes einer gaffenden Menge zur Schau zu stellen, und alles das, um ihn sofort danach „wegen mangelnden Haftgrundes“ wieder freizulassen.

Im Gefängniß erkrankten beide, Hackenberger und Kaulitz. Des letzteren elastischere Natur zwar erholte sich, nachdem das erstere Jahr vorüber und er seine nasse, zugige Zelle mit einer gesünderen vertauscht; Hackenberger aber verläßt das Gefängniß nur, um ins Hospital zu gehen. Beide werden demnächst ihre Erfahrungen „vor Deutschlands Richtern und in seinen Gefängnissen“ niederlegen; hier ist heute weder die Zeit noch der Ort dazu. H. geht nach seiner Heimath Marienburg in Westpreußen, K. aus Preußen als „Ausländer“ ausgewiesen und durch Familienverhältnisse gehindert, in seiner Vaterstadt Braunschweig zu bleiben, nach den Vereinigten-Staaten.

E. J.

E. H. **Augsburg,** 15. Februar. Einem Schurkenstreich, wie ihn schamloser Madai's Denunziantenseele nicht ersonnen, ist einer unserer besten Genossen wieder zum Opfer gefallen. Mit dem ersten Sozialistenschub aus Berlin ausgewiesen, kam derselbe nach mancher Noth und Irrfahrt hierher und fand Arbeit. Vor einigen Wochen erfuhr nun ein früherer sogen. „stiller“ Sozialdemokrat (Klemm ist sein Name; er ist Spinnmeister bei Riedinger und wohnt auch in der Fabrik; er sei der ernsthaftesten Berücksichtigung unserer Freunde empfohlen) die Thatsache der Ausweisung und theilte sie sofort dem Fabrikanten mit. Dieser ignorirte sie, bis vor einigen Tagen die hiesige Polizei ihn ebenfalls davon benachrichtigte (auf dem Umweg von Berlin natürlich) und der Polizeichef, Bürgermeister Fischer, direkt intervenirte, worauf der Ausgewiesene, ein Familienvater, aus Brod und Arbeit gejagt wurde. Man ist also nicht zufrieden, durch die Ausweisung den Mann ruinirt zu haben; man will ihn dauernd schädigen, womöglich wie einen Aussätzigen von Stadt zu Stadt treiben und ihn gleichsam zum Hungertod zwingen. Wehe den Gewalthabern, wenn sich zu unserm Groll über unsere allgemeine Knechtung auch noch der Durst nach persönlicher Rache mischt, wenn der Gedanke an Repressalien uns am ersten zum Widerstand treibt. Und namentlich hier hat man seit Jahren diese Saat gestreut und der „rothe Fischer“ in seiner bekannten offenen Verhöhnung des Gesetzes uns gegenüber in erster Linie! Und seit hier unser Organ eingegangen ist, tritt auch die Polizei viel frecher auf, die dem Münchner Meineidsmichel von Fischer nachdressirten zu Allem willfährigen Rottmeister Obich und Schreyer voran. Hielt kürzlich ein Gesangverein ein Picknik, zu dem auch letzterer Polizist erschien, nachdem man schon einen kurz vorher expedirt hatte. Trotz der Aufforderung zu gehen und der angedrohten Klage auf Hausfriedensbruch blieb er mit der spöttischen Bemerkung: „Ihr könnt Euch beschweren, aber da bleib ich einmal; gewinnen thut Ihr aber nichts, dafür ist gesorgt.“ Wahrlich, wenn es so fort geht, scheint solchen Polizisten und ihren Vordermännern gegenüber schließlich wirklich nur Hiebe à la Mesenzoff übrig zu bleiben. „Ihr seid gewarnt!“ — Mit dem Kapitel der Haussuchungen will ich Sie verschonen; die dabei zu Tage getretene Dummheit war von je hier größer „als — wie man sagt — selbst die Polizei erlaubt“. Gefunden wurde — wie stets — nirgends auch nur eine rothe Bohne!

Oesterreich-Ungarn.

* Wie sich unsere Leser aus früheren Mittheilungen unseres Blattes zu erinnern wissen werden, sind seit einem Jahre eine große Anzahl polnischer Sozialisten verhaftet worden, die sich seit ihrer Haftnahme im Krakauer Kerker befinden, wo ihnen eine solche schmähliche Behandlung zu Theil wurde, daß sie sich entschloßen, eher den Hungertod zu wählen, als diese Behandlung länger zu erdulden. Dieser verzweifelte Entschluß, an dessen Ausführung sie bereits schritten, indem sie drei Tage weder Speise noch Trank zu sich nahmen, hatte schließlich zur Folge, daß sie etwas menschlicher behandelt wurden.

Nachdem dieselben nun schon seit fast einem Jahre im Kerker schmachten, begann endlich am 16. d. die Schlußverhandlung, welche mehrere Wochen währen wird, da nicht weniger als 147 Aktenstücke zur Verlesung gelangen werden und 76 Zeugen vorgeladen wurden. Der Justizminister hätte es gerne gehabt, wenn diesen Sozialisten der Prozeß wegen Hochverrath gemacht worden wäre; die Staatsanwaltschaft vermochte aber mit bestem Willen nicht, diesem Wunsche nachzukommen, da sie kein genügendes Material hiezu fand, und so lautet die ungemein umfangreiche, über 40 enggeschriebene Bogen enthaltende Anklageschrift auf „Störung der öffentlichen Ruhe“.

Angeklagt sind 33 Genossen, zum größten Theil Studenten, Mediziner, Gelehrte, Künstler, Lehrer, aber auch Handarbeiter. Welchen Ausgang der Prozeß für die Angeklagten nehmen wird, läßt sich nicht voraussagen, da die bürgerlichen Geschworenen in solchen Fällen unberechenbar sind. Für die Sache aber wird der Prozeß auf alle Fälle von enormem Vortheil sein und für Oesterreich, namentlich für Galizien eine ähnliche Wirkung (natürlich in entsprechend geringerem Verhältniß) erzeugen, wie s. Z. der Leipziger Hochverrathsprozeß in Deutschland, von dem an der schönste Aufschwung der deutschen Sozialdemokratie datirt. Aeußert sich ja doch selbst ein Korrespondent der „N. Fr. Presse“, daß Viele, die früher die wunderlichsten Vorstellungen vom Sozialismus hatten, sich nun mit demselben vertraut zu machen suchen. Und beginnen einmal die Leute sich ernstlich mit dem Sozialismus zu befassen, dann können wir auch sicher sein, daß sie, wenn sie Herz und Verstand am rechten Fleck haben, sich auch bald zu demselben bekennen und die Reihen der Sozialisten verstärken werden.

Wir werden auf den nach mehr als einer Richtung interessanten Prozeß selbstverständlich des Ausführlicheren zurückkommen.

Belgien.

* Unser bewährter Brüsseler Kampfgenosse «La Voix de l'Ouvrier», das Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens, bringt in seiner letzten Nummer folgende sehr bemerkenswerthe Veröffentlichung:

„Die Arbeitskammer (die Centralisation sämmtlicher Brüsseler Arbeiterkorporationen) hatte in ihrer letzten Sitzung eine Entscheidung hinsichtlich der gegenwärtig unter den Gruppen der deutschen Sozialisten bestehenden Streitigkeiten zu treffen. Die (deutsche) Gruppe von Brüssel hat sich nämlich in zwei Theile getheilt, von denen der eine dem Programm und der Haltung der sozialistischen Partei Deutschlands treu bleibt, während sich die andere mit Most und der „Freiheit“ in London verbindet. Die (in der Arbeitskammer) vorherrschende Ansicht war, daß diejenigen Sozialisten, welche sich in Deutschland befinden, besser im Stande sein müssen, die Lage ihres Landes und deren Erfordernisse zu kennen, als die außerhalb befindlichen, und daß deshalb die Disziplin erheischt, daß die Entschlüsse der Sozialisten in Deutschland respektirt werden und die Gruppen sich ihnen unterwerfen. Infolgedessen hat die Arbeitskammer in ihren Verband diejenigen der beiden Gruppen aufgenommen, welche sich in Einigkeit mit der deutschen Partei befindet; dagegen diejenige, welche es vorziehen zu müssen glaubt, in einer (angeblich. D. R.) mehr revolutionären Richtung zu marschiren, zwar mit Bedauern, aber um fortdauernde Mißhelligkeiten abzuschneiden, ausgeschlossen.“

Wir brauchen dieser Entscheidung kein erklärendes Wort hinzuzufügen, weil sie an vollkommener Korrektheit nichts zu wünschen übrig läßt. Wir begrüßen sie namens der deutschen Partei als einen neuen Beweis für die oft bewährte brüderliche Gesinnung unserer belgischen Genossen gegen die deutsche Sozialdemokratie und als ein erfreuliches und vielversprechendes Zeichen des in der sozialistischen Partei Belgiens herrschenden Verständnisses für die Grundbedingungen einer großen und ernsten politischen Partei. Um so beschämender ist es, daß es deutsche Arbeiter

gibt, welche beanspruchen, der deutschen Sozialdemokratie anzugehören, und sich erst von den Bruderparteien anderer Länder über ihre Parteipflichten zurechtweisen lassen müssen, wodurch der Ruf der deutschen Partei nur geschädigt werden kann.

* Am 1. Februar fand zu Brüssel der von uns bereits angekündigte Kongreß für das allgemeine Stimmrecht statt. 91 Delegirte vertraten die Gruppen und Vereine von Brüssel, Gent, Antwerpen, Lüttich und 21 anderen Städten. Den Vorsitz führte Genosse De Paepe. Mit 58 gegen 22 Stimmen beschloß die Versammlung, von dem gesetzgebenden Körper das allgemeine direkte Wahlrecht und zu dessen Sicherstellung die gesetzliche Zulassung jedes Staatsbürgers zur Garde civique (Bürgerwehr) zu verlangen. Die Petition, welche diese Forderungen an die Kammern stellen sollte, wurde in ihrer Fassung zwar heftig bekämpft, schließlich aber doch mit 49 gegen 21 Stimmen angenommen. Ein Zentralkomite wurde eingesetzt und zu dessen Mitgliedern gewählt: Serrure, Bartholoméus, Goetschalk, De Paepe, Morissart, Bertrand, Bogaerts, Duverger und Deville. Jede Gruppe oder Gesellschaft, die den gefaßten Beschlüssen sich anschließt, zahlt 10 Francs in die gemeinsame Agitationskasse. Endlich beschloß man für den Fall, daß die Petition das Schicksal ihrer unzähligen Vorgängerinnen ereilen sollte, eine imposante Demonstration in Brüssel in Szene zu setzen. Daß es zu einer solchen wird kommen müssen, kann man wohl jetzt schon mit aller Seelenruhe und Zuversicht aussprechen, ohne sich dabei für einen besonderen Propheten halten zu dürfen. Wir können unseren belgischen Genossen nur wünschen, daß ihre Emsigkeit den Erfolg hat, den sie verdient, und daß der Bourgeoisie, wenn sie die Wünsche der Arbeiter verächtlich verwirft, in Folge der beabsichtigten Demonstration ein bischen Schreck in die verlotterten Glieder fährt. Das Gesindel ist ja feig.

Frankreich.

* Die Regierung der französischen „Republik" scheint immer mehr zur dienstwilligen Magd aller europäischen Despoten herabsinken zu wollen. Der Infamie gegen Alissoff ist vor kurzem ein neuer Skandal gefolgt. Die Regierung ließ nämlich auf Anfordern der russischen Regierung einen Russen verhaften, der an dem Moskauer Attentat betheiligt gewesen sein soll, und machte Miene, dem Auslieferungsbegehren der zarischen Henkersknechte ohne Weiteres zu entsprechen. Diese Schändlichkeit hat indessen die öffentliche Meinung Frankreichs aufs höchste erregt und empört und die sozialistische und radikale Presse sowie einige Abgeordnete der äußersten Linken nahmen sich des Bedrohten aufs Kräftigste an. Die schamlose Absicht der Regierung, dem Zaren eine kleine „Gefälligkeit" zu erweisen, wird deshalb zum Leidwesen der edlen „Republikaner" Freycinet und Konsorten nicht auszuführen sein und wird sich die Regierung mit einer Ausweisung begnügen müssen.

Aber nicht nur dem Väterchen an der Newa, sondern auch dem in Varzin leistet man die niedersten Knechtsdienste. Wie uns das Pariser Post-Reklamationsbureau soeben mittheilt, ist der Umlauf des „Sozialdemokrat" in Frankreich «par ordre de l'autorité supéricure» (auf höheren Befehl) verboten worden. Daß diese «autorité supericure» in Wirklich niemand anders als Herr Bismarck ist, kann keinen Augenblick zweifelhaft sein; denn was weiß die französische Regierung von einem, im wesentlichen nur unter den deutschen Kolonien Frankreichs verbreiteten deutschen Blatt! Wir werden demnächst Näheres mitzutheilen in der Lage sein, welches den neuesten Bedientenstreich der Machthaber der französischen „Republik" in noch hellerem Licht erscheinen lassen wird.

* **Paris,** 20. Febr. Unter der Ueberschrift „Ein russischer Polizeispitzel" bringt der „Prolétaire" einen interessanten Bericht über die Entlarvung eines als agent provocateur nach Paris gesandten zarischen Geheimpolizisten. Derselbe, welcher sich den Namen Maurice gibt, in Wirklichkeit aber Nel-Meyer heißt und ein ungarischer Jude ist, während er sich als Sohn des österreichischen Kriegsministers ausgibt, — dieser Coujon drängte sich in auffälliger Weise an französische und russische Sozialisten heran, um dieselben zur Bildung von aus Franzosen und Russen zusammengesetzten Geheimverbindungen zu veranlassen, zu dem Zweck, die letzteren der Ausweisung, die ersteren dem Gefängniß zu überliefern. Nel-Meyer war 1878 der Leiter der zur Ueberwachung der russischen Flüchtlinge in Genf organisirten russischen Geheimpolizei, welcher u. A. auch der frühere österreichische Offizier Graf Jaklika (Pole) und die Kommissäre Graff und Gerike angehörten. Auf eine Anzeige durch den russischen Flüchtling Tscherkeloff wurde Nel-Meyer von der genfer Kantonsregierung ausgewiesen. In einer Zusammenkunft von französischen Sozialisten wurde Nel-Meyer von Tscherkeloff entlarvt und zum Geständniß seines sauberen Handwerks gezwungen. — Wir bedauern es in der That mit der „Egalité", daß unsere Pariser Genossen dem Protokoll, welches sie über den Vorgang veröffentlichten, nicht noch ein ausführliches Signalement der Polizeikanaille beifügten. Solches Volk pflegt erfahrungsgemäß, zu ehrlicher Arbeit verdorben, trotz aller moralischer Züchtigungen bei seinem infamen Metier zu bleiben und höchstens den Schauplatz seiner Thätigkeit zu wechseln. Und da wäre es gut und nothwendig, wenn gegen derartige Subjekte, welchem Lande sie auch angehören, sobald sie entlarvt werden, möglichst ausführliche Steckbriefe erlassen würden, um sie den Sozialisten und Verfolgten aller Länder zur nöthigen Beachtung zu empfehlen.

Italien.

* Die Regierung hat in neuerer Zeit mit ihren „Internationalistenprozessen" ein ganz entschiedenes Pech. Noch sind die Wogen der Empörung, welche die Enthüllung des Florentinischen Monstreprozesses als eines ganz gemeinen, zwischen Polizei, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter abgekarteten Schwindels verursachte, nicht verlaufen und die 13 Opfer dieses unerhörten Betruges erst wenige Wochen in Freiheit, und schon nimmt ein ähnlicher großer Prozeß ein ähnliches Ende. Eine Anzahl Sozialisten von Ravenna und Imola waren von dem Gerichtshof zu Bologna als „Malfattori" (Missethäter, gemeine Verbrecher) verurtheilt worden. Auf erhobene Berufung mußten diese Gerichte nun nach neuer Verhandlung freigesprochen werden.*) Uebrigens läßt sich die edle Regierung durch solche gerichtliche Mißerfolge durchaus nicht abhalten, die verhaßten Sozialisten auf jede mögliche unverschämteste Weise zu schikaniren. So begeht sie die wahrhaft phänomänale Frechheit, die soeben freigesprochenen Florentiner Angeklagten aus Wuth über das Mißlingen des gegen dieselben geplanten Schurkenstreiches unter scharfe Polizeiaufsicht zu stellen und ihnen das Verlassen ihres Wohn-Ortes unbedingt zu verbieten, gleichviel ob sie an demselben Arbeit und Brod haben oder nicht! Auch in andern Theilen der Halbinsel fehlt es an ähnlichen Maßregeln nicht. In Pisa wurde ein Arbeiter sozialistischer Bestrebungen wegen zum Exil, ein Lehrer ebendeshalb zum Zwangsaufenthalt verurtheilt. Und so fort. Welche Sturmsaat!

Gleich dem Uebermuth der Herrscher nimmt auch die Noth immer mehr überhand. Welchen Grad dieselbe erreicht hat, dafür spreche folgendes Beispiel: In den 17 Gemeinden des Kreises Ceperano, Provinz Caserta, sind von den 92,383 Einwohnern nicht weniger als 51,340 vom „Hungerfieber" ergriffen worden, 8597 sind schwer an demselben krank und 5028 an ihm gestorben! — Unter solchen Verhältnissen werden die allerorten ausbrechenden Hungeraufstände sammt den sie bisweilen begleitenden Eigenthumszerstörungen und dergleichen Verzweiflungs-Thaten, wie denn jüngst in Albaredo und Piava in der Provinz Verona, in Montebello bei Treviso und anderwärts stattfanden, sehr erklärlich.

*) In letzter Stunde erfahren wir, daß der Kassationshof zu Rom das freisprechende Urtheil des Bologneser Apellhofes vernichtet und die Sache zur endgültigen Aburtheilung an den Apellhof zu Rom verwiesen hat.

Großbritannien.

* Genosse Rackow in London ersucht uns, unserem Artikel über den Prozeß Rackow-Krahnstöver in voriger Nummer nachzutragen, daß Krahnstöver wegen gegen Rackow verübter Beleidigung vom Hamburger Gericht verurtheilt worden ist und zwar zu 4 Tagen Haft, 20 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten; daß aber dieses im Verhältniß zu der Schwere der Beleidigung milde Urtheil speziell auf Wunsch des Beleidigten und auf Antrag seines Bevollmächtigten, des Genossen Auer, erfolgte, da es Rackow nicht um Bestrafung, sondern lediglich um Feststellung der verleumderischen Beleidigung zu thun war.

Portugal.

* Während die Bourgeoisparteien aller Länder, ob konservativ oder liberal, monarchistisch oder republikanisch, sonst jahraus jahrein auf die Arbeiter, das „niedere Volk", das ja an der „Ehre", die höher organisirte Menschenart der Herrschenden ernähren und erhalten zu dürfen, schon übergenug hat, nicht geringschätzig genug herabsehen und sich die unästhetischen Gesellen mit den schwieligen Fäusten, der rauhen geraden Sprache und seiner dummen Ehrlichkeit nicht fern genug halten können: wissen sie diesem selben „Volk" nicht Schönes und Gutes und Schmeichelhaftes genug zu sagen, sobald sie es bei Wahlen, Parteibewegungen ꝛc. zu ihren Sonderzwecken brauchen und ausnutzen zu können glauben. Und leider fühlen sich dann die sonst so verachteten Arbeiter in ihrer Unvernunft oft genug noch geschmeichelt, daß die „Herren" sie brauchen können und gütigst gebrauchen wollen und leihen trotz aller schlimmen Erfahrungen ihren Verächtern und Feinden für ein süßes Lächeln und glatte Versprechungen und ohne sich auch nur den kleinsten reellen Vortheil auszubedingen, bereitwillig ihre Dienste. Um so erfreulicher — weil es das Vorhandensein eines gewissen Grades von Klassenbewußtsein, der unumgänglichen Vorbedingung jeder ernsthaften auf die Emanzipation des Arbeiterstandes gerichteten Bewegung, dokumentirt — ist es, wenn aufgeklärte Arbeiter irgendwo im Gefühl ihrer Würde und im Bewußtsein ihres Interesses solche Zumuthungen der Bourgeois-Parteien und jede Transaktion mit solchen, bei welcher sich nicht in Folge ausnahmsweiser Verhältnisse ein offenbarer, bedeutender Vortheil für das arbeitende Volk ergibt oder ein schwerer Nachtheil von demselben abgewendet werden kann, energisch zurückweisen.

Wir begrüßen deshalb eine in dieser Richtung erfolgte Entscheidung unserer portugiesischen Genossen mit Beifall. Ende Januar wandte sich der Zentralvorstand der republikanischen Partei in Lissabon im Auftrag dieser Partei an die Redaktion unseres Bruderorgans „O Operario" in Porto als Vertreters der sozialistischen Arbeiterpartei Portugals mit dem Antrag: die letztere solle sich zum Zweck der Verfolgung einer „uniformen und methodischen Politik" mit den Bourgeoisrepublikanern verbinden und an ihrem projektirten Kongreß und ihrer Propaganda theilnehmen. Die genannte parteigenössische Redaktion beantwortet nun dies Anerbieten in ihrer Nummer vom 8. ds. folgendermaßen: Allerdings bestehe zwischen den Republikanern und den Sozialisten ein prinzipieller Berührungspunkt, insofern sie beide die Republik anstrebten; aber mit der republikanischen Staatsform allein sei noch gar nichts gethan und solange die soziale, die ökonomische Knechtschaft bestehe, sei es ziemlich gleichgiltig, ob ein Monarch oder ein Präsident an der Spitze des Staates stehe, weshalb die Arbeiter für jenes Ziel allein niemals ihre Kräfte einsetzen würden. Die Theilnahme an dem vorgeschlagenen Kongreß wäre deshalb ein unnützer Zeitverlust, wie die Theilnahme an der heutigen niedrigen, intriguanten Politik der Arbeiter unwürdig sei. Die Arbeiterpartei weise jede Transaktion mit anderen Parteien grundsätzlich von sich und müsse darum auch das gemachte Anerbieten kurzweg ablehnen.

Rußland.

* Ueber das jüngste Winterpalast-Attentat haben unsere Leser Genaueres wohl schon in dem nächstbesten Tagesblatt gelesen; denn die ganze Presse bis zu dem armseligsten Amts- und Käseblättchen herab, beschäftigt sich fast mit nichts anderem als mit der „verruchten Mordthat", die ihnen jedoch gewaltig imponirt und den bleichen Schrecken in das schlotternde Gebein gejagt hat. Sicher ist bis jetzt nur soviel: daß die Attentäter bis in die unmittelbarste Nähe des Zars Verbindungen hatten und über alle Einzelheiten des doch aufs strengste bewachten Palastes und des Hofhaltes genau unterrichtet waren; daß man trotzdem oder wohl gerade deshalb und ungeachtet aller erdenklicher Bemühungen der in eine förmliche Arretirwuth gerathenen Polizei von den Thätern noch keinen Hosenknopf entdeckt hat; und daß der von seinem Volk vergötterte und nicht einmal in seinem Hause sichere Zar wie begreiflich von dem Verfolgungswahn in seiner schrecklichsten Gestalt ergriffen ist und inmitten all seiner Pracht und Herrlichkeit keine frohe Minute mehr hat — die sicherste Strafe für seine Tyrannei. Die Gesundheit des Despoten ist untergraben, seine Stimmung ist trübe, sein Blick scheu und unstät, Furcht und Mißtrauen martern ihn und die einzige Erholung findet er in dem reichlichsten Genuß der Flasche. Und alles das durch eine „Handvoll ohnmächtiger Bösewichter", welche trotzdem einen seit der englischen Pulververschwörung von 1605 nicht mehr erlebten Handstreich durchzuführen vermochten, dessen Lärm durch die ganze Welt hallt und der die zerfaulte russische Gesellschaft in ihrem Tiefinnersten erschüttert! Welche Schläge müssen noch kommen, bis sie vollends zum Stürzen kommt?

Es ist nichts Verwunderliches, daß die Gewaltherrscher allenthalben auf ihren Thronen in den Tod erschrocken sind und daß ihnen ihr schuldbeladenes Herz unter den Purpursetzen stockte — sie sehen an den Petersburger Ereignissen, wozu die Verzweiflung ein zertretenes Volk führen kann. Der deutsche Kaiser war so tief erschüttert, daß er minutenlang seine Fassung nicht wiederfinden konnte und dann weinte, was er bis jetzt weder beim Tod der badischen Standrechtsopfer noch der Massengemordeten auf den Schlachtfeldern gethan. Aber Thränen nützen weder den Völkern noch den Fürsten selbst und halten das Schicksal nicht auf. Wer von den Herrschern, gleichviel ob auf dem Thron oder auf dem Geldsack, noch zu hören vermag, der höre die Warnung von der Newa....

Unser Genosse Bebel hat im deutschen Reichstag einer reaktionären Verdächtigung gegenüber erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie keine Verbindungen mit Rußland habe. Das ist unbestreitbar. Und ebenso bekannt ist es, daß die deutsche Sozialdemokratie Attentate auf einzelne Vertreter der heutigen „Ordnung" aus verschiedenen Gründen nicht zu ihren politischen Mitteln zählt. Wenn aber aus der Konstatirung dieser beiden Thatsachen der Schluß gezogen werden sollte, daß die Sozialdemokratie in das allgemeine Geschrei gegen die nihilistischen „Mörder" einstimmen müsse, so befindet man sich in einem gewaltigen Irrthum. Wohl bedauern wir — und aufrichtiger als sonst wer — wenn die Freiheitsmänner eines Landes zu solchen mörderischen Waffen greifen, um ihr Land vom Tyrannen und der ganzen despotischen Herrschaft zu befreien; aber wessen Schuld ist es, wenn sie sich solcher Waffen bedienen müssen? In einem Lande, in welchem eine solche Tyrannei wie in Rußland herrscht, wo jedes freie Wort, jeder freie Gedanke als ein schweres Verbrechen bestraft wird, jede Möglichkeit einer friedlichen Verbesserung einer unleidlich gewordenen Lage ausgeschlossen ist — in einem solchen Lande müssen selbst Gift und Dolch, Revolver und Dynamit als erlaubte Mittel gelten, um dem bluttriefenden Despotismus ein Ende zu bereiten. Und deshalb lassen uns auch die „Seelentrauer des vielgeprüften Zaren" und der Schmerz der todtkranken Kaiserin wie der wieder galvanisirte Finger Gottes gleich kühl bis ans Herz hinan, während den Freiheitsmännern Rußlands gleich denen aller Nationen nicht wegen sondern trotz ihrer Mittel oder richtiger ohne Rücksicht auf diese unsere Sympathien gehören.

Sprechsaal.

Warnung.

Paris. Die hiesigen Genossen sehen sich veranlaßt, die Parteigenossen zu warnen, so ohne Weiteres leichtfertig nach Paris zu kommen. Infolge der herrschenden Krise und der Sprachverhältnisse fällt es sehr schwer, für hier herkommende Genossen Arbeit zu finden, ja, für verschiedene Geschäftsbranchen ist es gar nicht denkbar, Unterkommen zu finden. In solchen Fällen müssen dann die hiesigen Genossen oft unnöthiger Weise im Uebermaß in Anspruch genommen werden. Es sind daher alle Genossen, welche sich etwa nach Paris zu wenden gedenken, ersucht, vorher bei einem der Unterzeichneten Erkundigungen über den Stand ihres Gewerkes einzuziehen; die hiesigen Genossen verpflichten sich, in solchen Fällen den Genossen stets behülflich zu sein und zuverlässige Auskunft zu ertheilen.

A. Blume, rue Montorgueil 66.
Trapp, rue de Madame 65.
Voß, rue Levis 6.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen von Lüttich und Genf in Sachen der „Freiheit" konnten leider auch diesmal nicht behandelt werden; es wird in nächster Nummer gewiß geschehen. — Strßbg. „Klein aber zäh" — bravo; haltet nur tapfer aus und wirkt in der angedeuteten Weise. Demnächst werdet Ihr noch weitere, neue Agitationsschriften erhalten. — Verviers: Auch wir wünschen, daß der Streit bald erledigt werde und deuten alle Anzeichen darauf hin, daß ihm bald die Nahrung ausgehen wird. — Augsbg.: Sie wünschen das „anarchistische Programm" besprochen, um gewissen Leuten die Konsequenzen ihrer Bestrebungen vor Augen zu führen. Das ist leichter gesagt als gethan; denn als richtige „Anarchisten" erkennen die Leute ein für alle bindendes Programm überhaupt nicht an. Lest und propagirt die empfehlenswerthe Greulich'sche Schrift gegen die Anarchisten: „Der Staat vom sozialdemokr. Standpunkte betrachtet" (gleich allen übrigen Agitationsschriften durch unsere Exped. zu beziehen). Uns mangelt der Raum, anders als gelegentlich auf die Sache einzugehen. — Lausitzer Rothhaut: Adr. deutscher Genossen in Paris finden Sie im heutigen Sprechsaal. — J. J., Paris: Ihr Artikel war uns sehr willkommen; hoffentlich ist es nicht der letzte, den Sie senden.

Durch uns, sowie durch die Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

Rechenschaftsbericht
der
socialdemokratischen Mitglieder
des
Deutschen Reichstages

über ihre parlamentarische Thätigkeit während des Jahres 1878—79.

Preis 25 Cts. = 20 Pfg. (ohne Porto.)

In Partien von wenigstens 20 Stück 20 Cts. = 15 Pfg. (ohne Porto).
Von 100 Stück an 20 Prozent Rabatt.
Partien von über 500 Stück an nach Uebereinkunft.

Es wird nur gegen Vorausbezahlung geliefert. — Risiko zu Lasten des Bestellers.

Drei Viertheile der Auflage (10,000) sind bereits vergriffen; zweite Auflage in Vorbereitung.

Expedition des Sozialdemokrat.

Schweiz. Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.